

Urban Gardening als Protestkultur oder Eine geschwungene Rede über Protestgemüse

Mit unserem kleinen Symposium startet die *Keimzelle* heute nicht nur die Gartensaison 2013 und das 3. Jahr ihres Wachstums. Das Reden über „Protestgemüse“ ist zugleich auch ein Teil der Veranstaltungswoche zur *Protestkultur St. Paulis* mit vielen unterschiedlichen Aktionen, Ausstellungen, Präsentationen, Spaziergängen usw.¹ Es geht also nicht nur um das Gemüsekollektiv in der Marktstraße. Es geht noch nicht einmal ausschließlich um die Protestszene in Hamburg St. Pauli. Ich denke, wenn wir in diesem Kontext über Protestkultur nachdenken, dann ist wohl als erstes die folgende Feststellung nahe liegend: So viel Protest wie gegenwärtig überall auf dem Globus, in zahllosen Ländern und Städten, gab es noch nie zuvor! Vermutlich würde Karl Marx seinen eigenen Augen nicht trauen angesichts der Massenhaftigkeit und Internationalität dieses allgegenwärtigen Aufbegehrens.²

Insofern stellt sich die Frage, in welchem Zusammenhang der lokale Protest hier in St. Pauli mit den massenhaften Protesten an anderen Orten der Welt steht? Was sind die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede und welche Bedeutung haben die allgegenwärtigen Proteste für die gesellschaftliche Entwicklung?

Darum bietet die Hamburger Protestkulturwoche einen passenden Anlass ein wenig über das Wesen des politischen Protestes zu philosophieren. Meines Erachtens hilft es dabei, das Urban Gardening als eine eigentümliche Form des Protestes in den Blick zu nehmen. Ich schlage also vor, die Keimzelle als Ausgangspunkt zu wählen, um darüber ins Gespräch zu kommen, was eine politische Protestpraxis oder „Protestkultur“ sein könnte, die sich nicht nur in situativer Empörung und in gelegentlichen Demonstrationen entlädt, sondern die als gesellschaftsverändernde Praxis wirkt.

¹ <http://www.protestkulturwoche.de/>

² Allgemein zu den globalen Protestbewegungen einer gastrosophischen Politik siehe: Harald Lemke, *Politik des Essens. Wovon die Welt von morgen lebt*, Bielefeld 2012.

Zunächst möchte ich aber darüber sprechen, worin das Gemeinsame der aktuellen – und auf den ersten Blick sehr unterschiedlichen – Proteste besteht? Denn so verschiedenartig ihre jeweiligen Anlässe und Verläufe auch sein mögen, gemeinsam ist ihnen die Tatsache, dass die Beteiligten politisch „mitreden“ wollen, dass ihre Interessen mit berücksichtigt werden und dass sie nicht länger „so regiert werden“ wollen wie bisher. Mit dieser Formulierung – „der Kunst, nicht dermaßen regiert zu werden“ – spiele ich auf den Philosophen Michel Foucault an, der den Urimpuls der Kritik und des Protestes auf die Erfahrung des schlechten Regiertseins und des Regiertwerdens zurückführte.³

Insofern ist die vielleicht grundlegendste Gemeinsamkeit der aktuellen Protestbewegungen die Forderung nach mehr Demokratie und Mitbestimmung oder Selbstregierung. Das aber heißt: Die gegenwärtigen Proteste sind alle – aber auf unterschiedliche Art – Erscheinungsformen einer weltweiten Demokratiebewegung. In einer neuen Studie bringen die beiden renommierten Protesttheoretiker Michael Hardt und Antonio Negri diese Feststellung auf den Punkt, wenn sie die Losung aussprechen: „Demokratie“ sei das, „wofür wir kämpfen“.⁴

Ich denke diese Losung oder Deklaration hat eine programmatische Tragweite, weil sie mit der *Utopie einer demokratischen Beteiligung* eine wichtige Korrektur der *Marx'schen Utopie einer kommunistischen Zukunft* vornimmt. Die Forderung nach mehr Demokratie (und nicht mehr nach Kommunismus) entspringt darüber hinaus nicht länger dem Denksystem eines einzelnen Philosophen, sondern sie manifestiert die Schwarmintelligenz der globalen Protestbewegungen.

Eine ihrer weiteren Gemeinsamkeiten ist die mehr oder weniger explizite Ablehnung einer hierarchischen Organisation. Gegenwärtig ist kaum eine Protestbewegung daran interessiert, privilegierte Sprecherpositionen, Führungsfiguren oder Parteikader zu installieren und irgendwelche Zentralkomitees und straffe Entscheidungs- oder Befehlsstrukturen untereinander zu akzeptieren.

³ Michel Foucault, Was ist Kritik?, 1982.

⁴ Michael Hardt und Antonio Negri, Demokratie. Wofür wir kämpfen, 2013.

Mit anderen Worten: Der demokratische Geist der transnationalen Protestbewegungen zeigt sich in der allgemeinen Ablehnung einer traditionellen Politik der Mächtigen.

Noch eine Gemeinsamkeit ist die Taktik der lokalen Platzbesetzung, die sich von der Protestlogik unterscheidet, wie sie für die Antiglobalisierungsbewegungen kennzeichnend war. Die Globalisierungskritiker des vergangenen Jahrzehnts waren Nomaden. Sie zogen von einem Gipfeltreffen zum nächsten, um gegen die Ungerechtigkeit und antidemokratische Natur der zentralen Institutionen des globalen Machtgefüges zu demonstrieren: die Welthandelsorganisation, den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank, die G8-Staaten, und so weiter. Sehr viele der gegenwärtigen Proteste, sind dagegen sesshaft. Statt dem Kalender der Gipfeltreffen nachzulaufen, eignen sie sich Orte an und weigern sich, diese zu verlassen. Sie territorialisieren ihre Politik.

Diese Raumnahme hängt häufig damit zusammen, dass die Proteste in lokalen Auseinandersetzungen und lebensweltlichen Kontexten verwurzelt sind. Die lokale Verwurzelung ist auch ein Grund für die Stärke vieler St.Paulianischer Proteste. Dass es in diesen Fällen bei den politischen Kämpfen um konkrete Verbesserungen vor Ort geht, markiert auch einen wichtigen und generellen Unterschied zu Protestbewegungen etwa in den arabischen und afrikanischen Ländern. Negri und Hardt formulieren es so: „Die Proteste in Nordafrika richteten sich gegen Unrechtsregime, sie forderten den Sturz von Tyrannen und freie Wahlen, während sich Demonstranten in Europa, den Vereinigten Staaten und Israel mit ihren vielfältigen sozialen Forderungen genau gegen dieses Prinzip der repräsentativen Demokratie wandten.“ Speziell die Kritik an der repräsentativen Demokratie und der herkömmlichen Parteipolitik sowie die Forderung nach einer anderen, partizipativen Demokratie spielen auch in der Protestkultur St. Paulis eine zentrale Rolle.

Mit Blick auf demokratische Beteiligung und Teilhabe sprechen Antonio Negri und Michael Hardt vom „Kampf für das Gemeinsame“ – *the common* – als einem besonderen Merkmal vieler aktueller Proteste. Diejenigen, die das Gemeinsame gestalten und sich für das Gemeinwohl – *common wealth* – und für Gemeingüter –

the commons – einsetzen, können naheliegenderweise *Commonisten* genannt werden. Commonisten oder „Gemeine sind Teilhabende, sie sind unabdingbar für die Begründung einer demokratischen Gesellschaft, die auf dem offenen Zugang zu Gemeingütern beruht.“ (Hardt/Negri, 118)

Wahrscheinlich wird Christa Müller gleich mehr über diese Commonisten und die Charakterisierung des Commonismus sagen. In Kürze erscheint ein von ihr mit herausgegebenes Buch im transcript Verlag mit dem viel versprechenden Titel *Die Stadt der Commonisten*.⁵

Meine Absicht ist es hier, den Kampf für das Gemeinsame und den Commonismus der gegenwärtigen Protestbewegungen anhand der Keimzelle als konkretes Beispiel zur Diskussion zu stellen. Dafür werde ich deutlich zu machen versuchen, was das Gärtnern mit politischem Protest zu tun hat? Und darauf einzugehen, wieso die Beteiligung an einer gemeinsamen Nahrungsproduktion in der Stadt sogar der Inbegriff einer Protestkultur sein kann?

Um zu verstehen, warum das, was in der Keimzelle getan wird, eine Protestform sein kann, deren Praxis gesellschaftsverändernd wirkt, ist zunächst eine augenscheinliche Fehlwahrnehmung zu hinterfragen. Ich meine die augenscheinliche Projektion, die darin besteht, dass die meisten das Gärtnern mit spießbürgerlichen Schrebergärten und mit einem unpolitischen Privatvergnügen verbinden. Diesem Verständnis nach sind urbane Gemüsegemeinschaften nicht etwa ein keimzellenförmiger Commonismus und der konkrete Ort – das Gemeinwesen – einer demokratischen Beteiligung, sondern eine private Vorliebe von einigen Pflanzenfreunden und Leuten, die in ihrer Freizeit offensichtlich nichts Wichtigeres zu tun haben.

Jedenfalls fällt es dem allgemeinen Publikum nicht schwer, den lokalen Eigenbau von Nahrung in innerstädtischen Gemeinschaftsgärten zu verniedlichen. Das Dilemma an der Vorstellung, „Urban Gardening“ sei ein reines Privatvergnügen –

⁵ Christa Müller, Karin Werner, Andrea Beier, *Die Stadt der Commonisten*. Neue urbane Räume des Do it yourself, Bielefeld 2013.

und nicht etwa das jedem mögliche Vergnügen, auf diese Weise politisch zu handeln – ist: Diese verbreitete Meinung sagt wenig über die Sache und deren gesellschaftliches Veränderungspotenzial aus; dafür aber umso mehr über den politischen Standpunkt der so Urteilenden.

Zum Glück lässt sich diese verniedlichende Haltung gegenüber dem Urban Gardening - gegenüber dem Protestgemüse - schon mit wenigen guten Gründen schnell entkräften. Etwa mit der Tatsache, dass die unzähligen gesellschaftlichen Probleme, welche die globale Ernährungskrise verursacht, in Zukunft gar nicht anders gelöst werden können, als durch die Umstellung auf lokale Nahrungsproduktion und die nachhaltige Bewirtschaftung von Gemeingütern.

Das, was scheinbar so putzig als „Garten“ daherkommt und so niedlich nach Gemüseliebhabe aussieht – das „Urban Gardening“ – ist in Wirklichkeit eine kaum zu überschätzende politische Größe und Kraft. Jeder commonistische Gemeinschaftsgarten, in dem Lebensmittel produziert und kultiviert werden, ist durch und durch politisch: Unabhängig davon, ob die Beteiligten ihr eigenes Tun als eine politische Praxis begreifen oder ob sie sich für unpolitisch halten: Dennoch ist jede keimzellenförmige Aktivität eine politisch wirksame Protestaktion.

Um also zu verstehen, wieso die Keimzelle eine gesellschaftliche Veränderung bewirkende Praxis ist, gilt es etwas genauer über die politische Wirksamkeit des Protestierens nachzudenken. Dazu möchte ich zwei grundsätzlich andersartige Formen des Protestes unterscheiden: Zum einen kann das Protestieren Ausdruck der Empörung und Kritik sein, die Beteiligte öffentlich – meistens auf der Straße oder auf Plätzen – durch Demonstrationen kundtun. Politische Demonstrationen sind mit friedlichen Rebellionen und sogar mit gewaltsamen Revolutionen darin verwandt, dass es sich bei allen diesen Protestvarianten um *singuläre, eventartige, kurzzeitige Ereignisse* handelt.

Entscheidend ist, dass bei diesem „Widerstand“ das konkrete Tun der Beteiligten, die Protestpraxis, nicht schon das praktiziert, wofür gekämpft wird und was getan werden müsste, damit sich die gesellschaftliche Realität des tagtäglichen Lebens ändert. Die Demonstration gegen große Bauprojekte ist selbst nicht schon die

Veränderung der Stadtentwicklungspolitik und nicht schon das gemeinsame Planen von Projekten. Die Occupy-Rebellion gegen Banken und Casinokapitalismus ist selbst nicht schon die Veränderung des Bankwesens und nicht das Gründen von Banken, die dem Gemeinwohl dienen. Der Protest gegen Mietenwahnsinn ist selbst nicht schon die Veränderung der Wohnverhältnisse und nicht schon das Zustandebringen von Wohngenossenschaften. Diese Liste ließe sich fortsetzen.

Darum schlage ich vor, die symbolische und eventartige Form des Protestes von einer *Protestkultur* zu unterscheiden, bei der die Beteiligten *fortgesetzt und dauerhaft* in der gemeinsamen Sache „kämpfen“. Bei einem solchen Aktivismus ist das, was die Beteiligten tun – etwa das Gründen von Wohnungsgenossenschaften und Banken oder das Instituieren von kollektiven Planungsprozessen – selbst schon die Veränderung der betreffenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Wenn das Protestverhalten nicht als eventartige Demonstration stattfindet, sondern der Protest die Form einer Kultur, d.h. einer permanenten Praxis, annimmt, dann bewirkt der politische Aktivismus – oder Praxismus – gesellschaftliche Veränderung.

Meine These lautet daher, dass jedes commonistische „Urban Gardening“-Projekt eine solche permanente Form ist, den Protest – als Gemüse – zu kultivieren und dass daher auch das, was wir in der Keimzelle tun, als eine gesellschaftsverändernde Praxis wirkt. Unser gemeinsames Gärtnern in der städtischen Öffentlichkeit, hier in St. Pauli, an diesem Ort, ist exakt das, was getan werden kann, damit sich die Stadt der Commonisten entwickelt und sich die gesellschaftlichen Ernährungsverhältnisse ändern. Wegen der Permanenz ihrer Aktivitäten ist die Keimzelle kein sporadisches Protest-Event, sondern eine revolutionäre Handlungsweise, die die Welt und uns selbst verändert.

Damit möchte ich sicher nicht behaupten, dass zur Veränderung der Gesellschaft nur diese eine Praxis – das Urban Gardening – nötig wäre. Keineswegs! Doch neben allem anderen, was noch zu tun wäre, ist auch die keimzellenförmige Veränderung von Welt, Stadt und Selbst unabdingbar. Allerdings kommt deren Wirksamkeit kaum zum Tragen durch vereinzelte Gartenprojekte hier und da – wie momentan in Hamburg, wo es gerade einmal eine Handvoll davon gibt. Deren gesellschaftliche

Wirksamkeit wird erst in dem Maße spürbar, wie überall Keimzellen wuchern – an jeder Ecke, in jedem Stadtteil und in jeder anderen Stadt in jedem anderen Land. Spätestens aber in dieser – zum jetzigen Zeitpunkt zugegebenermaßen noch recht utopischen – Zukunft würde der gesellschaftliche Wandel, der in jeder Art von Keimzelle wirksam ist, für alle ganz offensichtlich.

Darum bin ich der Auffassung, dass jeder urbane Gemeinschaftsgarten partiell und situativ die maximale Wirksamkeit aktiviert, die Protest haben kann. Während die Gentrifizierungsproblematik und das Grundbedürfnis nach bezahlbaren und lebenswerten Wohnraum schon lange Gegenstand heftiger Protesthandlungen ist – gerade in Hamburg, speziell in St. Pauli mit der Besetzung der Hafenstraßen-Häuser, der Roten Flora und neuerdings vor allem mit dem Gängeviertel oder den Esso-Häusern –, wird das Recht auf Stadt noch nicht so selbstverständlich mit Protestgemüse und dem Commonismus des politischen Gärtners verbunden. Das sollte sich unbedingt ändern.

Denn das Grundbedürfnis nach guter Ernährung und einer menschenwürdigen Esskultur macht den Zugang zu Gemeingütern, wie Stadtteilgärten, notwendig: Weshalb das Recht auf Stadt auch das Recht auf Land beinhaltet. Darum sollte meines Erachtens die globale Protestbewegung des Urban Gardening deutlich stärker ins Zentrum der politischen Forderungen rücken. Mit der Forderung, Grund und Boden für den notwendigen Zugang zu Gärten für alle als Gemeinbesitz – als common – bereit zu stellen, stellt das Protestgemüse ohnehin die herrschenden Eigentumsverhältnisse radikal in Frage. (*Radikal* hier durchaus im wahrsten Sinne des Wortes verstanden, insofern dessen lateinischer Ursprung *radix*, *radices* soviel meint, wie *Wurzel* oder *von der Wurzel*, *von unten wachsend*.)

Eingedenk dieser gewissen Radikalität – scheint es freilich eher ein Vorteil zu sein, wenn Protestgärten als niedliche Aktivitäten wahrgenommen werden. Denn vermutlich nur durch das „Missverständnis“, dass das, was von diesen kleinen Gärten ausgeht, bürgerliches Engagement und lustige Radieschen sind, stößt unser Commonismus auch bei politischen Gegenkräften auf spontane Gegenliebe. Dennoch sollten wir dafür sorgen, dass das, was wir tun, auch als das wahrgenommen wird, was es wirklich ist: nämlich Protestkultur und

gesellschaftsverändernde Praxis.⁶

In diesem Sinne haben wir von Anfang an mit der Keimzelle dafür gekämpft, größer zu werden und auf das Areal der ehemaligen Rindermarkthalle zu kommen, nicht nur, um speziell an diesem Ort mit der gemeinsamen Produktion von Gemüse einen historischen Wandel unserer Ernährungsweise zu manifestieren; nach dem Motto: „Esst Radieschen statt Rinder!“ Es ging von Anfang an auch darum, Öffentlichkeit zu schaffen und eine Plattform für einen Planungsprozess von unten wachsen zu lassen. Deshalb wollen wir die zehnjährige Zwischennutzung der ehemaligen Viehauktionshalle als Shoppingmall durch den Investor Edeka dafür nutzen, weiter die Zukunft dieses Stücks von St. Pauli gemeinsam zu planen.

Wahrscheinlich wird Moritz Rinn gleich mehr über die ehemaligen Rindermarkthalle und die lokalen und politischen Auseinandersetzungen sagen. Er arbeitet schon länger zu Konflikten der Stadtplanung am Beispiel dieses Ortes.⁷

Aber halten wir fest: *Keimzelle goes GrünAreal!* – So wie es aussieht, werden wir erreichen, dass sich unser Protestgemüse im nächsten Jahr auf dem Gelände der Alten Rindermarkthalle territorialisiert und wir damit beginnen können, Stadt, Öffentlichkeit und Grünzeug auf dem Areal zu kultivieren. Falls es wirklich dazu kommt, dann ist das ein Erfolg, mit dem Anwohner und Anwohnerinnen ihre Forderung nach mehr Commons und mehr Grün durchgesetzt haben und ihr protestkulturelles Stadt-Selbermachen ausweiten.

Selbstverständlich ist schon jetzt spürbar, dass sich Edeka mit unserem Urban Gardening schmücken will. Desto unermüdlicher sollten wir darin sein, deutlich zu machen, was wir hier tun und wieso das *Keimzelle goes GrünAreal* weit mehr sein wird als niedlicher Gemüseanbau. Vielleicht wäre es aber noch besser, weiter den Eindruck zu erwecken, dass wir hier bloß vergnüglich gemeinsam gärtnern.

⁶ Dazu ausführlicher: Die Keimzelle. Wirksame Praxis zwischen lauter Intervention und stiller Wandlung; zugänglich unter http://www.haraldlemke.de/texte/Lemke_Postinterventionismus.pdf

⁷ Moritz Rinn, Partizipation in der Stadtentwicklungspolitik Hamburgs. http://hamburg-stadtfoerale.de/wp-content/uploads/ws_partizipation_dokumente.pdf